

Integrationsbegleitung im Zickzack-Kurs der Bundesregierung

Aktionstag Migrationsberatung und Jahrestagung der Jugendmigrationsdienste 2016

Rebekka Hagemann

Anlässlich des Aktionstages der Migrationsberatung am 13. September 2016, zu dem die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege aufgerufen hatte, diskutierten Mitarbeitende der Jugendmigrationsdienste und ihre Träger mit Bundestagsabgeordneten über die aktuelle Situation in der Beratung junger Menschen mit Migrationshintergrund. Diese ist durch die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen im letzten Jahr, aber auch durch die zunehmende Zuwanderung von EU-BürgerInnen zunehmend angespannt. In vielen Jugendmigrationsdiensten müssen junge Menschen inzwischen zwei bis drei Monate auf einen Termin warten. Wenn es um die Einhaltung von Fristen geht, werden Beratungen auch schon per SMS oder Kurztelefonat abgewickelt. Die Mitarbeitenden erwarten von der Politik deshalb eine deutliche Aufstockung der Personalstellen, die Wohlfahrtsverbände fordern mindestens 10 Mio. zusätzlich für 2017. Tatsächlich wurden im Bundeshaushaltsentwurf für das Programm 8 Mio. Euro weniger als in den Jahren 2015 und 2016 eingeplant. Die Lobbyarbeit auf Bundes- und Landesebene wurde daraufhin im Herbst noch einmal intensiviert.

Den Bedarfen der jungen Menschen werden die Jugendmigrationsdienste mit Kurzberatungen nicht gerecht – das wurde auch während der Jahrestagung der evangelischen Jugendmigrationsdienste deutlich, die vom 12. bis 14. September 2016 in Mülheim an der Ruhr stattfand. Dort beschäftigten sich ca. 140 Mitarbeitende mit ihrer Rolle bei der Extremismusprävention. Fehlende Anerkennung, Diskriminierungserfahrungen und die zunehmende Islamfeindlichkeit wurden von ReferentInnen der Tagung als Push-Faktoren einer möglichen Radikalisierung benannt. Mitarbeitende in den Jugendmigrationsdiensten können junge Menschen bei solchen Erfahrungen auffangen, ihnen Sicherheit, Stabilität und Anerkennung vermitteln. Dazu bedarf es aber einer intensiven und kontinuierlichen Einzelfallbegleitung, die den Raum bietet, von Diskriminierungs- und Frustrationserfahrungen zu hören und Gegenstrategien zu entwickeln. Notwendig ist auch die enge Vernetzung mit den Akteuren in der Deradikalisierungsarbeit. Für diese Aufgaben stehen zur Zeit keine Ressourcen zur Verfügung.



Die TeilnehmerInnen des Podiumsgesprächs (v.l.n.r.): Michael Lindemann (JMD Herford), Stefan Schwartz (Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion), Min.Dir. Bettina Bundszus (Abteilungsleiterin „Kinder und Jugend“ im BMFSFJ), Elena Lazaridou (Moderation), Prof. Dr. Schahrzad Farrokhzad (TH Köln), Manfred Hoffmann (Landeskoordinator für die JMD im Rheinland)

Bettina Bundszus, Leiterin der Abteilung Kinder und Jugend im Bundesfamilienministerium betonte beim abschließenden Podiumsgespräch die Bedeutung der Jugendmigrationsdienste – auch in der Arbeit mit jungen Geflüchteten. Die Einrichtungen kämpfen aktuell aber auch mit den Folgen des Zickzack-Kurses der Bundesregierung zwischen Willkommenskultur und Abschreckung. Das neue Integrationsgesetz wird in vielen Kommunen so umgesetzt, dass erfolgreiche Integrationsverläufe gezielt abgebrochen werden. So werden zum Beispiel junge in Deutschland geborene Menschen, die die Volljährigkeit erreicht haben, in die als „sicher“ erklärten Herkunftsländer ihrer Eltern abgeschoben – in eine „Heimat“, die sie nicht kennen und deren Sprache sie nicht sprechen. Die rückwirkende Geltung der Wohnortzuweisung führt dazu, dass Flüchtlingsfamilien, die nach langer Suche eine Wohnung und Arbeit gefunden haben, in andere Kommunen zurückgeschickt werden und dort noch einmal von vorne anfangen müssen. Diese Vorgehensweisen sind nicht nur absurd, sondern sie verletzen auch Menschenrechte. Die Integrationsbemühungen der Betroffenen werden zunichte gemacht, die professionellen und ehrenamtlichen Helfer zunehmend frustriert.

Die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor wies in ihrem Vortrag darauf hin, dass Dschihadisten auch deshalb so viele junge Menschen erreichen, weil sie die "bessere Jugendsozialarbeit" machen. Es kommt also darauf an, gute Gegenangebote zu entwickeln und nicht an den falschen Stellen zu sparen. Der überraschende Flüchtlingsstrom im letzten Jahr hat dazu geführt, dass die Strukturen für die Flüchtlingsaufnahme und die notwendigen Verwaltungsabläufe verbessert wurden. Viele Länder haben auch die Flüchtlingssozialberatung erheblich ausgebaut. Bund und Länder müssen jetzt aber auch für die „Folgestruktur“ sorgen, die gewährleistet, dass die Integration junger Menschen gelingt. Dies unterstrich Stefan Schwartze, Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Die Bundesregierung reagierte bisher vor allem mit dem Ausbau der Sprachkurse. Das reicht bei weitem nicht aus.

Die Jahrestagung der Jugendmigrationsdienste fand dieses Jahr in Kooperation mit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe statt.